

Eine Verhandlungslösung für Mali scheint ferner denn je. Nachdem erste Gespräche unter Vermittlung von Burkina Faso ergebnislos verpufften, schafft die Militärintervention von Frankreich jetzt Fakten: Krieg. Der UN-Sicherheitsrat und die EU machen keine Anstalten, Paris in den Arm zu fallen. Große Teile der malischen Zivilgesellschaft lehnen derweil sowohl die Militärintervention ab als auch die von drei Rebellengruppen betriebene radikale Auslegung des Islam einschließlich der Scharia-Praxis im Norden.



Frankreich verbaut Verhandlungsweg

Paris plant Aufstockung der Truppen und militärische »Lösung«

Von Martin Ling

Frankreich erntet für sein militärisches Vorgehen außerhalb Malis weitgehend Zustimmung. Dass eine ausländische Intervention die islamistischen Gruppierungen zusammenschweißt, ihnen die Propagierung eines »Heiligen Krieges« erleichtert, wird in Kauf genommen. Ein Konzept für eine dauerhafte Befriedung Malis hat Paris nicht in der Schublade.

Die Würfel sind gefallen: Frankreichs UN-Botschafter Gérard Araud drohte den islamistischen Rebellen in Mali nach einer Sondersitzung des Sicherheitsrates einen harten militärischen Kampf an. Der hat längst begonnen und die Rebellen haben den Fehdehandschuh aufgenommen. »Wir haben keine Flugzeuge oder Raketen, aber wir haben den Glauben an Gott, und der wird uns zum Sieg führen«, bekundete ein Sprecher von Ansar al-Dine (»Verteidiger des Glaubens«). Ansar al-Dine ist die malisch dominierte Rebellenbewegung des Tuareg-Führers Iyad Ag Ghaly, die inzwischen offenbar mit der algerisch dominierten AQMI und der mauritanisch geprägten Mujao (Bewegung für Einheit und Dschihad in Westafrika) gemeinsame Sache macht. Bis vor Kurzem war das noch anders und der Norden faktisch dreigeteilt: Ansar al-Dine kontrollierte Kidal, die Mujao die Stadt Gao und der Al-Qaida-Ableger AQMI Timbuktu. Aus den

Städten haben sie sich nach den Luftangriffen Frankreichs wohl weitgehend zurückgezogen, um nun gemeinsam in der Fläche den »Heiligen Krieg« anzugehen.

Dafür spielt ihnen die Intervention von Frankreich in die Karten, meint der Tuareg-Experte Georg Klute: »Die Rebellen werden die Angreifer als Ungläubige deklarieren, sich in die Wüste zurückziehen und einen Guerillakrieg beginnen.« Das Eingreifen Frankreichs ist für den Ethnologieforscher der Universität Bayreuth ein Art »Neokolonialismus«, der als Hilfe für die malische Regierung verbrämt wird. »Keine Frage: Die malische Regierung war unfähig, mit den Problemen im Norden fertig zu werden und hat Frankreich um Hilfe gebeten.« Doch Frankreich verfolge in Mali klare Eigeninteressen: Zum einen wolle die »Grande Nation« ihre Stellung in der Region ausbauen und zum anderen gebe es ein konkretes materielles Interesse: die Sicherung der Wirtschaftsinteressen der AREVA-Gruppe, des französischen Industriekonzerns, der seit 40 Jahren im benachbarten Niger Uran für den europäischen Atomstrom abbaut. Davon ist in den Verlautbarungen Frankreichs keine Rede.

Stattdessen plant Verteidigungsminister Jean-Yves Le Drian nach übereinstimmenden Berichten vom Dienstag, bis zu 2500 Soldaten in das westafrikanische Land zu schicken. Dies soll schrittweise geschehen. Die Luftangriffe wurden auch gestern unentwegt fortgesetzt, zusätzlich wurde die Truppenpräsenz am Boden ausgebaut. Eine Kolonne von 40 gepanzerten französischen Fahrzeugen traf in Bamako ein, während zehntausende Malier die Flucht ergriffen.

Frankreichs Intervention ist eine Art Neokolonialismus.

Professor Georg Klute, Universität Bayreuth

Nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) sind bislang nahezu 150 000 Menschen in benachbarte Länder geflohen. Innerhalb des Landes hätten weitere 230 000 Menschen ihre Wohnorte verlassen, um sich an anderen Orten in Sicherheit zu bringen, teilte das UNHCR am Dienstag in Genf mit.

Frankreich verteidigt seine Intervention als Reaktion auf den Vormarsch der islamistischen Rebellenbewegungen vergangene Woche. Klute, der noch im Dezember in der Region weilte und in Algerien mit Vertretern von Ansar al-Dine zusammentraf, vertritt hingegen die Auffassung, dass die Rebellen mit ihrer Offensive nur dem ohnehin von langer Hand und für später geplanten militärischen

Eingreifen Frankreichs zuvorgekommen seien. Dabei hätte sich »der wichtigste militärische Kopf«, Iyad Ag Ghali von Ansar al-Dine offenbar verkalkuliert. Weder habe er mit einer derart schnellen Reaktion Frankreichs gerechnet noch angenommen, dass Paris bereits so weit vorbereitet war, um so schnell reagieren zu können. »Hätten die Rebellen das Hauptquartier der malischen Armee, die Militärbasis in der Stadt Sévaré im Norden des Landes, erobert, wäre eine Rückeroberung Nordmalis immens erschwert worden«, beschreibt Klute den militärischen Plan Ag Ghals.

Die EU plant derweil, Frankreich zu unterstützen, und will so schnell wie möglich Militärausbilder entsenden. Nach einer Krisensitzung und einem Telefonat mit Frankreichs Außenminister Laurent Fabius sagte die EU-Außenbeauftragte und Kommissionsvizepräsidentin Catherine Ashton, sie wolle noch in dieser Woche mit den Außenministern der Europäischen Union zu einer Sondersitzung zusammenkommen, um über die Möglichkeiten einer direkten Unterstützung der



Gepanzertes Fahrzeug wird in Bamako entladen.

Foto: dpa; nd-Karte: W. Wegener

malischen Regierung zu beraten. UN-Generalsekretär Ban Ki Moon begrüßte, dass Partnerländer auf die Bitte der malischen Regierung reagiert hätten, sie im Kampf gegen »das beunruhigende Vordringen bewaffneter und terroristischer Gruppen nach Süden zu unterstützen«.

Um eine Lösung auf dem Verhandlungsweg, für die sich laut Klute vor allem Algerien in den vergangenen Monaten stark gemacht hat, geht es der EU und auch der UNO nicht mehr – obwohl so bis zum militärischen

Vorpreschen Frankreichs die offizielle Sprachregelung lautete und selbst Frankreichs Präsident François Hollande bei seinem Algerien-Besuch dafür plädierte. Dabei liefen da längst die Vorbereitungen für einen Militäreinsatz. Und was bei alledem unter dem Tisch fällt: »Mit einer Rückkehr zum Status quo ante ist im Norden nichts gewonnen, denn dieser Zustand hat den Aufschwung der Islamisten und die Staatskrise doch erst bewirkt«, blickt Klute skeptisch in die Zukunft.

Die Malier wollen sich Gehör verschaffen

Aktivist Alassane Dicko über einen Friedensmarsch der Zivilgesellschaft ins Kriegsgebiet im Norden des Landes

● **Wie ist die Idee für den »Marche Blanche« von Mopti nach Douentza entstanden?**

Wir planen diesen Friedensmarsch seit Monaten. Denn seit der Besetzung des Nordens von Mali durch verschiedene bewaffnete Gruppen und seitdem der nordafrikanische Ableger des Terrornetzwerks Al Qaida, AQMI, seine Tentakel weiter in den Süden ausstreckt, nimmt die Tuareg-Frage eine andere Gestalt an. Auf der einen Seite kamen die Brüder aus Libyen zurück, die die in der malischen Wüste lebenden Gemeinden beeinflussten. Und auf der anderen Seite gibt es die Deserteure und die alten Führungspersonen vergangener Rebellionen, die ihre Interessen weiterhin gewahrt sehen wollten. Die einflussreichsten Mächte aber in dieser Krisensituation sind ausländische Kräfte, die vor allem die geostrategische Bedeutung der



Alassane Dicko ist Sprecher der Vereinigung der malischen Abgeschobenen (AME), die zum »Marche Blanche« (Marsch der Zivilgesellschaft) in Mali aufruft. AME arbeitet u.a. zum EU-Migrationsregime. Mit ihm sprach für »nd« **Andrea Plöger**. Mehr zum Marsch unter: www.afrique-europe-interact.net/
Foto: medico international/Schaefer

Region im Blick haben und von der Gier nach den Bodenschätzen getrieben sind.

● **Welche sozialen Bewegungen unterstützen den Marsch?**

Das Unterstützerkollektiv setzt sich aus Gruppen der Koalition der Alternativen für eine Entwicklung, aus Basisvereinigungen und Organisationen, die Teil von Afrique-

Europe-Interact sind, dem Block der Journalisten, dem nationalen Jugendrat, den traditionellen Kommunikatoren und feministischen Organisationen zusammen. Es gibt auch gute Verbindungen zu den Bauernorganisationen in den nördlichen Gebieten, zu den Fischern und zur großen Versammlung der Enteigneten, die gegen Landraub kämpfen, sowie zu den Gruppen der Vertriebenen, wie

Studenten und Frauen, die aus dem Norden geflohen sind.

● **Wie stehen die Organisatoren des Marsches zu einer militärischen Intervention?**

Wir weisen alle Formen der Einflussnahme zurück und rufen die internationale Gemeinschaft dazu auf, sich aus den geostrategischen Kalkulationen herauszuhalten und sich mit unseren Autoritäten für eine politische Lösung der Tuareg-Problematik einzusetzen. Der Marsch fordert die Integrität des Territoriums und Unterstützung für unsere Armee, um die Bevölkerung zu schützen und die Dschihadisten bekämpfen zu können.

● **Wie schätzen Sie die aktuelle Situation nach dem Rückzug von Ansar al-Dine aus den Verhandlungen und vor allem angesichts der seit dem Wochenende statt-**

findenden Angriffe in der Region, in die der Marsch führt, ein?

Einerseits wächst bei der in jeder Hinsicht sehr verwundbaren Bevölkerung der Patriotismus, andererseits sorgen wir uns um die Bevölkerung mit Blick auf die Folgen des Krieges. Infrastruktur und Anbauflächen würden in einem Krieg vermutlich vernichtet und noch mehr Menschen würden zu Flüchtlingen oder Vertriebenen. Insgesamt wären die Kosten für die Entwicklung Malis sehr hoch. Auch die Prävention von Vergewaltigungen und anderen Menschenrechtsverletzungen ist in dieser entscheidenden Phase der Geschichte unseres Landes ein wichtiger Faktor.

Für uns bleibt weiterhin die Frage nach der heimlichen Agenda der involvierten Parteien und wie wir mit den Problemen nach Beendigung des Krieges gegen die

Besetzung des Nordens umgehen können. Wir sind in Sorge über die Zusammensetzung der internationalen Gemeinschaft, die Mali helfen will: Wer ist ihr Gegenüber und wo werden die Bedenken der malischen Bevölkerung reflektiert? Wir bleiben Pazifisten, aber mit dem Wissen darum, dass jedes Land das Recht hat, sein Territorium zu sichern und seine Bevölkerung zu verteidigen.

● **Welche Bedeutung hat die momentane Lage für den Marsch?**

Wir haben mit der Mobilisierung begonnen und die Bevölkerung antwortet bisher positiv. Die Malier wollen sich Gehör verschaffen und die soziopolitische Krise in unserem Land lösen. Geplant ist, den Beginn des Marsches vorzulegen auf diesen Freitag und mit zehn Bussen nach Mopti zu fahren.